

Neuzeitlicher Arbeiter

für Teuchern und Umgegend.



Abonnementpreis: Die fünfzehntägige Kopypresse 15 Pfg.

Abonnementpreis: Die fünfzehntägige Kopypresse 15 Pfg. Die Abnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeigerstraße 10, die Abnahme vormittags 10 Uhr. Frühere und kompliziertere Angaben müssen am vorhergehenden Tage in unrennenden Händen sein.

Einmalig wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Staatshilflicher Bezugsspreis: durch unsere Vertriebsstelle 1,00 RM. von unrennenden Händen ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den Briefträger 1,74 RM.

Staatshilfliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeigerstraße 10, auch von unrennenden Händen und allen Briefträgern angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 3.

Dienstag den 7. Januar 1919

58. Jahrgang.

Nach Außen.

Nicht buiden, sondern aufmuntern.

So kann es nicht weiter gehen! Das war vor der Revolution der Reichsregierung von den deutschen Verhältnissen im Innern gesagt, das muß jetzt aber erst recht von der Behandlung gesagt werden, die wir von außen her erfahren. Durch alle Worte des nordamerikanischen Präsidenten Wilson von West und Gerechtigkeit haben die Wesen der französischen Minister in der Pariser Deputiertenkammer einen harten Satz gemacht. Der Minister des Auswärtigen, Ribot, hatte bereits die politischen Voraussetzungen gegen Deutschland begünstigt. Damit nicht genug, sagte der durch seine Deutschfeindschaft bekannte Premierminister Clemenceau unerbötlich, daß Frankreich die politische Macht gegen Deutschland organisiert habe. Doch darin ein deutsch-polnischer Konflikt vorbereitet ist, ist klar, und es gibt für das Deutsche Reich nur ein „entweder — oder“, wenn diesen Treiben nicht sofort die Spitze abgebrochen wird. Wenn wir uns buiden, verlieren wir jetzt Polen und Westpreußen und befallen für später noch immer einen deutsch-polnischen Krieg in Sicht, der auch noch andere nationale Feinde gegen uns entfesseln wird. Diese Ausstöße müssen den ganzen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands gefährden, und darum geht es nicht an, daß wir uns buiden, sondern wir müssen aufmuntern. Die deutsche Republik darf denn doch nicht auf den Polen als „gleich und gleich“ betrachtet werden.

Wenn jetzt in Polen eine Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung vorbereitet ist, so gibt das noch keine Gewähr für bessere Tage. Der polnische Vertrag ist in Warschau fast lebendig, und es kann nicht daran gewöhnt werden, daß alle Parteien sich in Betreffungen überlassen werden, sich durch Abschaltung der polnischen Grenzen zu viel wie möglich Volkswirtschaft zu gewinnen. Die Polen sind ein raubendes Volk geworden, und dieser Charakterzug ist noch nicht in ihnen erloschen. Heute wollen sie die natürlichen Grenzen Polens, hinter werden sie die Sicherung dieses natürlichen Gebietes beantragen. Und so arbeiten auch Frankreich beifällig mit, damit Deutschland zwischen Frankreich und Polen in eine trügerische Fährnis hineingeworfen wird. Die Republik Moskau hat heute für Frankreich nicht mehr großen Wert als Zukunftsverpflichteter. Dafür wird Polen ein, das sicher von Paris gegen Deutschland vorgehoben wird, wenn es nicht von selbst gehen will.

Deutschland kann keinen neuen Waffengang mit der Entente unternehmen, aber es darf sich nicht gefallen lassen, daß mitten im Waffenstilllande friedliche Beziehungen gegen uns mobil gemacht werden, die dem Reich einseitig vorteilhaft machen. Nachdem Frankreich sich ohne weiteres Staatsnotbringen eignet hat, ist es nicht wunderbar, wenn die Polen glauben, in den französischen Schuren wandeln zu können. Das Deutschland heimlich ausgeplündert wird, ist nicht zu buiden, wenn es auch ein Zeichen der Zeit ist. Und die Freunde des Reiches, die anders denken, sehen wir heute nicht mehr, werden auch sobald darin keine Änderung erleben.

Wir haben den Krieg verloren, aber nicht die Sprache zur Wahrung unserer Rechte eingebüßt. Und die muß einlegen gegen diese unberechtigten Zumutungen Polens, daß der Deuten in Warschau und auch in Paris die Augen schließen, wie sie bei uns in der Leitung des Vorkrieges waren, und Erfolg hatte. Die ganze Welt muß es hören, daß dieser Reichsfrieden Präsident Wilsons denn doch nicht dazu führen darf, ein Willkür-Verfahren als politische Grundzüge zu proklamieren. Doch wir die deutschen Gebiete im Osten bei Deutschland zu behalten haben, nein, behalten müssen, das sind wir den Deutschen in der Ostmar und unserer Zukunft schuldig. Das ist für uns eine Ehrenfrage, hier ist die deutsche Ehre verstanden, die nicht ungeschützt angefaßt werden darf. Lassen wir uns nicht überfallen, kommen andere nach, dann haben wir überhaupt keine Ahnung mehr. Das hätte die Partei Clemenceau in Frankreich erreicht, was sie anbietet, Deutschland zu zerschlagen. Und das müssen wir heute vom ersten Schritt ab verhindern. Wa.

Der Lage.

Die deutsch-polnische Grenze frei. Die deutsch-polnische Grenzkommission teilt mit, nach einer Mitteilung des Oberkommandos der Streitkräfte ist der Handelsverkehr zwischen Holland und den bestetzten Weidelanden unter Vorbehalt der Anwendung des Zolltarifs frei. Die deutsch-polnische Grenze ist offen. Die belgischen Behörden werden jedoch eine Aufsicht in die belgischen Gebieten werden, um sich dadurch die genaueste Kenntnis der dortigen Verhältnisse zu verschaffen und zu veröffentlichen, und im später alle zweckmäßigen Maßnahmen vorzuschlagen.

Freiwillige für die Kriegszug. Der Ruf zur Bildung einer Freiwilligenarmee lautet:

Freiwillige zum Schutz der Nordostgrenze gesucht! Edelste Disziplin, unbebingter Gehorsam ist die erste Pflicht. Kriegserfahrene Soldaten, bisher guten Kampfrufen angehörig, sind dringend notwendig. Grundgehalt 40 RM, tägliche Zulage, feiner 4 RM. Beförderung möglich. Ammonition 30 RM. Extraprämie neben freier Verpflegung. Amnestierung zu rufen: An Regierungsgeschäftszimmer, Behlendorf bei Berlin, Wälderstraße 1. Handwerker (Schmiede und Sattler, Schuster und Schneider) besonders erwünscht.

Die Freigabe Wilnas.

Die litauische Regierung hat Wilna verlassen und ist am 3. Januar in Kovno eingetroffen. Die Polen haben Besitz von Wilna ergriffen. Verhandlungen zwischen Polen und Litauern über gemeinsame Verteidigung der Stadt gegen die Bolschewisten haben zu keinem Ergebnis geführt.

Deutsch-Oesterreichischer Zukunft.

Die Republik Deutsch-Oesterreich ist, wie sich aus Darlegungen des Ministers des Auswärtigen Dr. Bauer in Wien herabergibt, aber keine Zukunft hat. Die Litauen, die Oesterreich-Ungarn, Böhmen, Ungarn, Slowenland, sind dem Deutsch-Oesterreich so wenig geneigt, daß die Deutschen davon keinen Nutzen haben werden, und einen solchen gebraucht Deutsch-Oesterreich. Seine zehn Millionen Bewohner sind nicht die erforderliche Wahrung bietet, sie haben die Autonomie des Landes, die notwendig sein muß, um nicht leben kann. Deutsch-Oesterreich muß ein Anhang an einen größeren Staat suchen, für den es selbst wieder erheblichen Wert besitzt, und als solcher kommt nur das Deutsche Reich in Betracht. Der beizugehende Schritt ist in Wien bekanntlich schon gesetzt worden und über praktische Einzelheiten wird man sich einigen, da der Vorteil auf beiden Seiten liegt. Jeder Intrigen-Ermittlung, die auch hier von französischer Seite droht, ist kräftig entgegen zu wirken.

Italienisch-jugoslawischer Ausgleich.

Wie Zeitiger Wälder aus bestunterrichteter Quelle erfahren, kann die unmittelbare scheidungslose Gefahr für Sachsen zurzeit als beseitigt gelten. Der Präsident Walach ist ein Gegner der über die sächsischen Grenzgebiete hinausgehenden Annexionen der jugoslawischen. In der Zukunft werden sich alle mit Bayern und Sachsen in gutnachbarliche Beziehungen zu treten. Es wird namentlich ein bevorzugter Austausch landwirtschaftlicher und industrieller Produkte zwischen der scheidungslosen Republik und Sachsen angestrebt, und zwar dergestalt, daß die Prager Regierung Lebensmittel und technische Fertigfabrikate liefern will. Auch ist beabsichtigt, die sächsische Industrie für einen sogenannten Handelsverkehr mit der scheidungslosen Republik nutzbar zu machen.

Das Arbeitsprogramm des Friedenskongresses.

Eine Sabasnote meldet: Die Arbeiten des Friedenskongresses werden unter verschiedenen Umständen verteilt, die den Kongress über jede Frage ein Bericht erstatten werden. Die Kommissionen werden in Paris tagen, während die Vollversammlungen des Kongresses in Versailles stattfinden. Es werden Kommissionen eingesetzt für die deutschen Angelegenheiten, für Oesterreich-Ungarn, für die Balkanfragen, für Kleinasien, für das russische und polnische Problem.

In der Kommission für den Ribbentrop wird Leon Bottracis Frankreich und Lord Robert Cecil England vertreten. Die Frage der Zulassung der sächsischen Delegierten zu den Verhandlungen ist bisher nicht erwogen worden. Die Friedensbedingungen werden von den Alliierten beraten und festgesetzt werden; auf der hierzu Deutschland eine verbindliche Anforderung, sie anzunehmen. Die Verhandlung über den Vorkriegsvertrag wird von Ende nächster Woche an den Gegenstand der Kongressarbeiten bilden. Erst wenn der Vorkriegsvertrag unterzeichnet ist, werden die Verhandlungen für den endgültigen Frieden beginnen.

Eisenbahnerstreit in Danzig.

Die Eisenbahner des Hauptbahnhofes in Danzig treten in den Streik. Sie verhindern die Abfahrt der Züge und die Annahme von Gütern. Die Post hat infolgedessen Verhandlungen zwischen den Streikenden und dem Danziger Land hat. Die Streikenden verlangen gleiche Löhne mit den Werftarbeitern (2,40 RM pro Stunde), die ihre Forderungen bewilligt wurden, nachdem sie die Arbeit wieder auf.

Die zukünftige Partei. Der frühere Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Delbrück, einflußreicher Oberbürgermeister von Danzig, hat sich für die Bildung einer demokratisch-monarchistischen Partei ausgesprochen. Daß dieselbe amnestios ist, liegt an den besonderen deutschen Verhältnissen. Frankreich hat zweimal nach einer Reichstagswahl die Monarchie erhalten, aber Frankreich ist ein Einheitsstaat, während

Deutschland ein Bundesstaat ist. Wenn bei uns nun wirklich wieder Aussicht für eine Monarchie ergehen sollte, dann würde es doch kaum zu ermöglichen sein, daß sich in allen mehr als zwanzig deutschen Bundesstaaten wieder die frühere Monarchie bildete. Und überhaupt würde die deutsche Monarchie ein Einheitsstaat werden, gegen den aber bisher von den meisten Einzelstaaten Protest erhoben werden würde. Darum meinen wir, unsere Sorge und Mühe gehört der Gegenwart, nicht einer Herabwürdigung der Ausprägungen für Zukunftsmöglichkeiten. Eine Monarchie kann schließlich wieder entstehen, wie es in Frankreich geschehen ist, aber kaum 21 Monarchien, die wie in Deutschland hatten.

Die Republik und der Adel. Die heutigen Republiken haben den Adel indifferent, gleichgültig gegenüber. Sie haben den Adel nicht ausdrücklich aufgehoben, erkennen ihn aber auch nicht an, und bezeichnen ihn nicht. Die französische Republik hat zahlreiche adeliche (aus den adelichenen Aristokratien) Offiziere und Beamten, aber alle diese Personen werden nur mit ihrem Familiennamen ohne jeden Zusatz, also rein „adelich“, genannt. Trotzdem beachten die Franzosen im höchsten Grade die Etikette, die ihnen gegenüber sehr genau, ja, die Vorrechte für das Adelige „don“ ist so groß, daß sich eine ganze Zahl von reichen Leuten sich daselbe nach ihrem Geburtsort oder nach einer Stellung eigenmächtig ausgelast haben. Für Deutschland wird kaum irgend welche Veränderung in den Adelsverhältnissen erfolgen, wie schon die Ernennung des Grafen v. Helldorf-Wangau zum Staatssekretär des Auswärtigen beweist. Wer den Adel befreit, wird ihn weiter führen, neue Ernennungen sind ausgeschlossen, wenn sich nicht selbst jemand wie in Frankreich eigenmächtig abteilt. Es von Staatswegen die Adelsprivilegien in offiziellen Ämtern befreit werden, nicht als unzureichend. Ueber die diesfalls bestehenden adelichen Einrichtungen und ähnliche Einrichtungen wird ebenfalls noch in Zukunft entschieden werden müssen. Amstiel, wie Regierungsbereitschaft, sind von Heinen deutschen Regierungen in Ämtern bereits wieder vertrieben worden.

Die Lehre vom Grabe. Bergart Jost hat in Vorkriegszeit in dem Leben gegangenen. Er hat diesen Schritt in folgendem Schriftsatz beschrieben:

An die obersteinsten Berg- und Müllenteile! Nachdem wir uns vergeblich bemüht haben, Euch durch Worte zu bekehren, habe ich mich entschlossen, es durch eine Tat zu versuchen. Ich will sterben, um Euch zu beweisen, daß die Sorgen, die Ihr über unser verbleibendes Leben verhängt, schlimmer sind als der Tod. Wohlgeachtet aller! Ich opfere mein Leben um Euch darüber zu bekehren, daß Ihr Unmögliche fordert. Die Lehren, die ich Euch aus dem Grabe zurufe, lauten: Mißhandelt und vertreibt Eure Beamten nicht! Ihr braucht sie und findet keine anderen, die bereit sein werden, mit Wahnsinnigen zu arbeiten.

Ihr braucht sie, weil Ihr den Betrieb ohne Leiter nicht führen könnt. Beleben die Leiter, dann erledigt der Betrieb und Ihr müßt verhungern. Mit Euch Euerer Frauen, Euerer Kinder und Hunderttausenden unschuldiger Bürger. Die eindringliche Mahnung, die ich an Euch richte, ruft Euch zu eifriger Arbeit. Nur, wenn Ihr mehr arbeitet als vor dem Krieg und Euer Ansehen beschleunigter werden, könnt Ihr auf Zulassung von Lebensmitteln und auf ertägliche Preise rechnen. Da ich für Euch in den Tod gegangen bin, schütze meine Frau und meine kleinen Kinder und helfe ihnen, wenn sie durch Euer Torheit in Not geraten."

Eine Prüfung der Lohnforderungen der Arbeiter in den Staatsbetrieben fordert das preussische Staatsministerium mit folgendem Erlass:

Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die schwersten Beeinträchtigungen erwecken und die Gebiete der Vätererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die Befragten, aber unermessliche Folge davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen.

Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebührenden Pflicht der Staatsregierung, dem Ansuchen der Lohnausgaben über das Maß des Erträgliches hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten.

Die weitere Sachmündigkeit werden daher erfaßt, an sie heranretende Lohnforderungen zwar in voller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig darauf hin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Salzen auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die somit die gesamte Finanzverwaltung des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuführen."

Die Wahlen für die Nationalversammlung in Deutsch-Oesterreich. Der österreichische Staatsrat beschloß, die Ausfertigung für die konstituierende Nationalversammlung schließend für den 16. Februar in Aussicht zu nehmen. Weiter wird der Staatsrat der Nationalversammlung eine Gefangenkarte unterbreiten, wonach die in Deutsch-Oesterreich wohnhaften Deutschen Reichsangehörigen in Deutsch-Oesterreich wahlberechtigt sind.

Rundschau im Auslande.

Die amerikanischen Kriegsausgaben. Nach einer Schätzung des Schatzministers der Vereinigten Staaten betragen die amerikanischen Kriegsausgaben während des Jahres 1918 auf 30 Milliarden 800 Millionen Francs, wovon 50 Milliarden für die Armee beansprucht wurden, 10 Milliarden für die Marine und 5 Milliarden für die Einweisung in die Marine und 20 Milliarden als Vorräthe an die Alliierten.

Kämpfe in Oberösterreich und Tirol.

Vor dem Gebäude der königlichen Berginspektion in Königshütte ist es zu einem Zusammenstoß zwischen freireichenden Bergarbeitern und Militär gekommen. Als einige junge Tiroler Mägdle, die in der Berginspektion untergeordnete Arbeit zu leisten wurde mit einem Wachregiment an die Wache geschickt. Es gab zahlreiche Tote und viele Verwundete. Nach 60 sehr erfolgloser Tage sind 17 Tote und 21 Verwundete festgesetzt.

Auch am Pölsener Bahnhof ist es erneut zu Schießereien gekommen, über deren Ursache und Umfang genauere Meldungen noch nicht vorliegen. Nach Mitteilungen des Pölsener Soldatenrates fanden in der letzten Woche heftige Straßenkämpfe zwischen polnischen Truppen und Heimatkämpfern statt. — Auch in Gnetzen sollen Kämpfe mit den Heimatkämpfern begonnen haben. Der Zugverkehr Gnetzen-Pölsen ist eingestellt. Verschiedene kleine Städte wie Krottschin und Kösten sind in polnischen Hände gekommen.

Der Vormarsch der Polen auf Weisberg geht weiter. Sie bedrohen die wichtige Bahnstation Weisberg, deren Übergabe sie in einem Ultimatum verlangt haben. Mit dem Verlust von Weisberg wäre die Versorgung von Frankfurt und Berlin mit Lebensmitteln gefährdet.

Vom Kommando des Heimatkämpfers in Polen wird erklärt, daß die Truppen des Heimatkämpfers den Befehl erhalten haben, jedes weitere Vordringen der Polen zu ihrer derzeitigen Stellung unter allen Umständen abzuwehren. Der Heimatkämpfer hat nachstehende Truppenverbände im Laufe der letzten Tage bereits erhalten. Aber er legt aus größeren Wert darauf, festzustellen, daß in Anbetracht der ersten Lage sich nicht genug Freiwillige aus dem ganzen Reiche zu dem Heimatkämpfer Polens melden können.

In den letzten Tagen haben sich allerdings schon eine große Anzahl wehrfähiger Männer in Weisberg zum Schutze der Heimat freiwillig gemeldet. Die Weisberg (jedoch auf die Dauer größerer polnischer Schwärme keinen Widerstand leisten können. Weitere Hilfe aus dem ganzen Reich ist daher dringend notwendig.

Die Streitkräfte in den Bergwerksrevieren.

Auf den Hohen Humbold und Weisberg des Mittelener Bergwerkbereichs sind die Bergarbeiter mit in

den Zustand getreten. Auch die Bergarbeiter des Schachtes Kronprinz haben die Arbeit niedergelegt.

Ferner wird aus Duisburg gemeldet: Die Streikbewegung unter den Bergarbeitern hat jetzt auch auf die linksrheinischen Bezirke übergriffen, auf denen ein Teil der Bergarbeiter ausständig geworden ist. Bisher sind die Bezirke Diergart und Neuwissen in Streikbewegung gezogen. Die Bergarbeiter von Rheinbreiten 1 haben den Streik an den Ort einer Meile auf der Höhe Neuwissen einer Anzahl Streikender der Aufforderung der belgischen Sicherheitskommission zum Ausmarschieren keine Folge geleistet, machte diese von der Waffe Gebrauch, wobei ein Streikender verletzt wurde.

Der Streik in Diergart ist erloschen. In der Schachtsgrube ist aus 6 bis auf 175 Mann eingezogen, nachdem Verhandlungen zwischen der Bergverwaltung und der Bergarbeiter stattgefunden hatten.

Eine deutsche Antwort an die Engländer.

Der deutsche Vorkämpfer in Wien, Graf Wedel, wendet sich in der „Neuen Freien Presse“ gegen die Neußerungen des englischen Obersten Cuningham, daß die Deutschen so grausam seien, daß niemand mit ihnen zu tun haben wolle und antwortet darauf: „Inwiefern Feinde haben wir einen naiven Standpunkt, daß es die natürliche Folge des Krieges sei, wenn sie töten und zerstören, daß aber die Deutschen grausam sind, wenn sie das gleiche tun. Wenn die Feinde offene deutsche Städte mit Fliegerbomben heimlich, bei solchen Gelegenheiten in Karlsruhe über 100 deutsche Kinder bei einer Fliegerangriff töteten, wie es West in die guerre. Wenn dagegen deutsche Flieger feindliche Festungen bombardierten, ist es eine unerhörte Brutalität.“

Die Engländer stehen in mehreren nachgewiesenen Fällen die Mannschaften gefundener U-Boote, welche sie leicht retten konnten, ertrinken. Der Baralongsfall war keineswegs der einzige. West la guerre. Reichen deutschen Kriegsgefangenen kann man dagegen auch nur einen einzigen Fall solcher unnütigen Grausamkeit nachweisen.

Die Alliierten schossen in Frankreich und Belgien französische und belgische Städte mit ihren katapultierten Bombenflugzeugen. West la guerre. Wo aber die Deutschen zerstören, ist es unerhörte Brutalität. Trotzdem beschließen die Deutschen die angrenzenden und zumutigen zu retten, letztere in größeren Maße zu bringen, so daß die französischen Festungen jetzt wiederholte malen, die und jene Schätze seien wieder aufgefunden worden.

Über die grausame Behandlung der deutschen Gefangenen wird von der Waffenstillstandskommission eine Zusammenstellung dem Friedenskongress offen vorgelegt werden. Welche ungeheuren Grausamkeiten die Deutschen in Frankreich erlitten, läßt sich nicht in vielen Tagen schreiben.

Verabschiedung Eishorn's.

Die preussische Regierung hat den bisherigen Polizeipräsidenten Eishorn seines Amtes enthoben. Bis zur Ernennung eines Nachfolgers übernimmt Minister Graf Unbescheid seines Amtes das Berliner Polizeipräsidium.

Das Land braucht Arbeiter!

Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung erläßt folgenden Aufruf: An die Landbevölkerung! Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande angebrochen. Die

Aufrechterhaltung unserer inneren Sicherheit ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an Nahrung und Rohstoffen legen die Industrie in großem Umfang lahm. Ungezügelt zurückgehende Krieger sind arbeitslos und erwerbslos. Es wird unmöglich sein, diesen alle und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk, Landwirtschaft, Wohnung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. Landwirte, Ihr habt in außerordentlicher Weise unter Einwirkung eurer ganzen Kraft bisher gearbeitet. Jetzt auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen. Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, und dann, wenn Ihr Euch selbst im Raum beschränken müßt, wenn Waldarbeiten, Holz, Kaffee Arbeit! Das ist jetzt eine hohe, stützliche Pflicht der Landwirtschaft.

Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen. Ueber allem muß jetzt die Forderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Stabilität stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es irgend möglich ist, selbst an Wintern und arbeitet so mit am Wohl unseres Vaterlandes. Das vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung gek. eben kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird beschreiben.

Arbeiter! In der Landwirtschaft, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen daneben. Die Kräfte und Arbeitsvorräte müßte Ihr zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger als die Erhaltung unserer Ernährung. Landbevölkerung! Wechselt und viele andere Arbeiten ab. Ihr Arbeit ist für den Aufbruch. Bei der Bestellung viele Arbeiter lobende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis zum letzten Stroh zu bebauen.

Das Land ruft Euch und braucht Euch! In jedem größeren Verwaltungsbereich sind landwirtschaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet Euch an sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so an dem Wohl eures Vaterlandes.

Im Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung ist die Anlage vertrieht, daß die Frauen und Mädchen bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung sich durch ihre Ehemänner oder Väter vertreten lassen können. Das ist natürlich nicht der Fall. Jede wahlberechtigte Frau und jedes Mädchen selbst muß am 19. Januar an die Wahlkarte herantreten und die Wahlkarte persönlich abgeben. Eine Bevormundung ist in keinem Falle gestattet. Wer nicht selbst erscheint, geht seines Wahlrechtes verlustig. Nicht schriftliche Mitteilungen sind zulässig; ebenso sind Wahlstimmen mit Briefen unzulässig.

Zur Erklärung von Wahlberechtigten, die aus den Bedingungen und Bestimmungen der Wahlgesetzgebung abzuweichen, ist die nach den Grundgesetzen der Reichsverfassung. Ihr Zuständigkeit dieser Väter gehört aber, daß sie sofort nach Empfang einer Kündigung vom Vater angegangen werden. Die Regierung dieses Verfahrens schließt den Erwerb des Einbürgerungsrechts aus, die nach 70 der preussischen Verfassung vom 21. Dezember 1918 in Verbindung mit § 13 der Verordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 zu bilden ist, habe ich denselben die Herren:

Kräftige Maurer und Bauarbeiter werden eingestellt Grube Emma bei Streckau

Barackennbau. Zu melden beim Post.

Ein ordentliches Dienstmädchen

zum 1. Februar gesucht. Hundertl. Markt 1.

Suche für sofort Stellung als Hausmädchen

im Landhausbau. Off. unter D 22 an d. Geschäftsst. d. Ztg. erheben.

Den Ausbau der Sozialgesetzgebung fordert die Deutsche demokratische Partei.

Ein Laden

mit Wohnung zum 1. Juli zu vermieten zu erfragen in d. Exp. d. Bl.

Klavierspieler

wird sofort gesucht für hiesiges Kino. Zu melden in der Dampfsgießerei am Bahnhof.

Bekanntmachung. Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

Nachdem ich zum Wahlkommissar für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung im 13. aus den Regierungsbezirken Merseburg und Ernst und dem zur Provinz Hessen-Nassau gehörigen Kreis Schmalfeld bestehenden Wahlkreise ernannt worden bin, fordere ich hierdurch zur Einreichung von Wahlvorschlügen auf.

Wähler sind alle Männer und Frauen auch die Personen des Soldatenstandes, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Preußen sind und das 20. Lebensjahr vollendet haben. Ich weise noch besonders darauf hin, daß, während zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung alle Wahlberechtigten wählbar sind, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutsche sind, die Wahlbarkeit zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung davon abhängig ist, daß der wahlberechtigte Bewerber am Wahltag seit mindestens einem Jahre Preuze ist. Ausschloffen vom Wahlrecht und deshalb auch nicht wählbar ist, 1. wer einmündig ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, und 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte entzogen ist.

Im 13. preussischen Wahlkreise sind 19 Abgeordnete zu wählen. Mehr als neunzehn Namen dürfen die Vorschläge deshalb nicht enthalten. In demselben Wahlkreise darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden. In den Wahlvorschlügen sollen die Bewerber mit Namen und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Die Wahlvorschlüge müssen von mindestens 100 im Wahlkreise zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unterzeichner sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beifügen. Es ist zu beachten, daß nicht diejenigen Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlügen stehen, sondern nur die in den Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlaustrittsamt zur Nachnahme des Wahlvorschlages sowie zur Abgabe von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes benannt werden.

Mehrere Wahlvorschlüge können miteinander verbunden werden. Verbundene Wahlvorschlüge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschlüge gelten den anderen Wahlvorschlügen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlügen angehören.

Angesichts der Wahlvorschlügen: 1. Von dem vorgeschlagenen Bewerber eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag, 2. Bescheinigungen der Gemeindebehörden darüber, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Ferner empfiehlt es sich, wenn dies auch nicht vorgeschrieben ist, Nachweise darüber beizufügen, daß die vorgeschlagenen Bewerber wählbar sind.

Die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung finden nach § 8 der preussischen Verordnung vom 21. Dezember 1918 (S. G. S. 201) am Sonntag, den 26. Januar 1919 statt. Die Wahlvorschlüge sind

spätestens am 11. Januar 1919 bei mir einzureichen, die Verbindung mehrerer Vorschläge miteinander muß von den Unterzeichnern oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend

spätestens am 19. Januar 1919 als dem 7. Tage vor dem Wahltag, mir schriftlich erklärt werden. Nur bis zu letzterem Termine können auch die Vorschläge der Wahlvorschlüge und ihrer Verbindungen befristet werden. Wahlvorschlüge oder Verbindungen von solchen, die verpätet eingereicht oder erklärt sind oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen, können nicht zugelassen werden.

Das Geschäftszimmer des Wahlkommissars befindet sich im Regierungsgebäude in Merseburg, Zimmer Nr. 29, 69 und 70. Als Vorgesetzter des Wahlkommissars, der nach § 7 der preussischen Verordnung vom 21. Dezember 1918 in Verbindung mit § 13 der Verordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 zu bilden ist, habe ich denselben die Herren:

Schlossmeister Richard Frauenheim in Merseburg, Reaktor Wilhelm Koenen in Halle a. S., Kaufmann Paul Reichaus in Ernst, Rittergutsbesitzer Karl Reinhard in Brauerben, als stellvertretende Mitglieder die Herren: Richtigschäfer Paul Laner in Merseburg, Notar Dr. h. c. h. in Merseburg, den 8. Januar 1919.

Der Wahlkommissar für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung 13. Wahlkreis. Dr. Knoblauch, Regierungs-Rat.

Bekanntmachung.

2. Pferdeversicherung für Kriegsschädigte und Minderbemittelte.

Am Dienstag, den 7. Januar 1919 vormittags 9 Uhr findet in den Ställen der Landwirtschaftskammer Halle/Saale, Kuhpferdestraße die Besichtigung von ca. 300 Militärpferden mitbittend gegen Verabfolgung statt.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Käufer nur solche Pferde in Betracht ziehen sollen, die im Besitz eines von der zuständigen Polizeistelle (Gemeindevorsteher, Landratsamt) ausgestellten Ausweises sind. Die Kriegsschädigten haben außerdem nach Möglichkeit Paß oder Kennzeichnung mitzubringen. Haben sie die Besichtigung unterlag.

Kriegsschädigte wird bis zur Höhe des Kaufpreises in Zahlung genommen. Ausgenommen von der Annahme ist der laufende Zins der zur Abgabe kommenden Kriegsschuldenscheine. Dieser wird dem Käufer befallen. Dafür hat der Käufer Stückguthen vom Zahlungstage an bis zum Tage der Fälligkeit dieses Scheines zu entrichten. Zahlung ist mitzubringen. Das erlöste Pferd ist sofort mitzunehmen.

Carnison-Kommando Halle-Saale.

Männer und Frauen des neuen Deutschland!

Der Feind steht vor den Toren des Reiches, er will Deutschland versklaven!
Im Innern bittet die Sozialdemokratie die Gesetze, das Bürgerrecht ist ausgeblendet.
Unser Ruf nach der Nationalversammlung ist nicht ungehört verhallt.

Am 19. Januar 1919 ist die Wahl!

Wir brauchen dringend, um wieder ordnungsmäßige Zustände zu erhalten,

eine verhandlungsfähige Regierung,

die uns einen möglichst

schnellen Frieden

verschafft.

Wir haben den Krieg nicht gewollt und sind seit langem schon für die Befreiung desselben eingetreten, um dem Ausverkauften Einhalt zu tun.

Seit sehr erziehen wir die Erhaltung des Reiches und seine innerliche Gestaltung auf freiwirtschaftlicher Grundlage. Wir verlangen Freiheit der Meere und freie Entwicklung für Industrie, Handel und Schiffahrt und bei den Friedensverhandlungen auch für uns das gleiche Selbstbestimmungsrecht, welches wir den anderen Völkern zugestehen.

Die Welt soll wissen, daß die Kraft des deutschen Volkes in aller Zukunft nicht ausgeblendet werden kann.

Das bisher herrschende konterrevolutionsbureaucratische System Preußen-Deutschland ist aber Nacht zusammengebrochen. Die ehemaligen Konterrevolutionäre können nicht wieder als Stütze verlangen, da ein neues, freies Deutschland in der Entwicklung begriffen ist, das auf breiter Grundlage aufgebaut wird. Nicht die Unwissenheit einer Klasse, von welcher Richtung es auch sei, sondern die Tüchtigkeit aus dem ganzen Volk sollen die verantwortlichen Stellen belegen.

Wir verlangen deshalb als Vorbereitung für eine gute Auslandspolitik eine grundlegende Reform des auswärtigen Dienstes. Tüchtige, praktische Diplomaten, denen aus allen Ständen Kräfte zugeführt werden müssen.

Der Konfliktarbeits ist umzugestalten und zu einer Vertretung der deutschen Wirtschaftsinteressen auszubauen, die Rechte der Auslandsdeutschen und die Kolonialinteressen des deutschen Volkes müssen gewahrt werden.

In der inneren Politik verlangen wir, daß die einzige deutsche Republik auf breiter Grundlage aufgebaut und einheitlich gesteuert wird. Keine Verwaltungsüberbürdungen. Wir fordern, daß alle deutschen Ämter, soweit sie nicht schon selbständig sind, auch Deutsch-Verwaltung, in die deutsche Republik aufgenommen werden. Sie sollen ihre Eigenart selbständig und frei entwickeln können, ihre Sonderinteressen aber dem Reichsgesamten nicht überordnen.

Die ganze Verwaltung ist zu vereinfachen. Der Beamte ist angemessen zu bezahlen; der ordentlichen Arbeit gehört als Lohn ein ausreichendes, lebenswertes Gehalt und Teilnahme an den Gütern der Kultur. Das gilt für Angestellte und Arbeiter, wie überhaupt der Staat den wirtschaftlich Schwachen, den Kriegsschicksaligen, den Witwen und Waisen in ihrer Gefährdung ein menschwürdiges Dasein verschaffen muß.

Das verlangte eine liberale volkstreuend. Politik

Diese Politik können nur getragen werden bei Aufrechterhaltung des Privateigentums und einer Wirtschaftsordnung,

die das Interesse des Einzelnen an Erwerb lebendig hält und ihn zu höchster Tätigkeit anspornt. Intelligenz und Arbeitskraft können niemals sich auf der Grundlage der sozialistischen Wirtschaftsweise, sondern nur auf demokratischem Boden frei entwickeln.

Wir brauchen für den inneren Frieden, im Interesse des Aufbaues des Staates die baldige Gesundung der Industrie und des Wirtschaftslbens.

In der Reichskonferenz der Arbeiterräte in Berlin wurde der Satz ausgesprochen:

„Ich glaube, die Arbeiter werden schon nach vier Wochen die Unternehmer wieder zurückrufen.“

Die Arbeiter mögen bei Vornahme der Kostenstreiks an ihre und des Volkes Zukunft denken. Ausfland mag als Warnung dienen, wo die Industrie durch übertriebene Maßnahmen zugrunde gerichtet worden ist.

Not, Glend u. Hungernot Aller

würde die unaussprechliche Folgen sein.

Die unerhörte Verschwendung, der Mangel an Rohstoffen und die Zerstörung unseres Außenhandels bedrohen uns mit einer Wirtschaftskrise furchtbarer Art. Nur die gemeinsame Anspannung aller Kräfte von Unternehmern und Arbeitern, von Selbständigen und Angestellten, das Zusammenwirken von Kapital und Arbeit kann den Zusammenbruch verhindern.

Wir brauchen einen gelinden Mittelstand und treten im Gegensatz zu dem Parteiprogramm der Sozialdemokratie für das Handwerk, den Handel, die Beamten, Beiratangestellten und Bauern ein.

Die Wiedererrichtung des Handwerks muß durch schlenwige Aufhebung von Arbeitslosen- und Rechtsbegrenzung erreicht werden. Es ist dringende Pflicht, den Mittelstand, der durch den Krieg besonders gelitten hat und schwer um sein Dasein ringt, zu stützen. Nur wer Eigentum erwerben und behalten darf, ist hauptamtlich und fleißig.

Die politische und wirtschaftliche Stellung der Beamten muß auf zeitgemäßer Grundlage geistlich aufgebaut werden. Ihre Freiheit muß durch Ausbau des Beamtenrechts gesichert, die Erreichung auch der höchsten Stellen den hierzu Geeigneten ermöglicht werden. Ruhegehalt der Beamten muß die Organisation der Beamten anerkannt werden.

Wir verlangen geistliche Garantierung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechte, Reform des Wohnungswezens, wir wollen keine und billige Wohnungen bauen und den Bodenwucher bekämpfen und weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung.

Gewährleistung der durch Tarifverträge festgelegten Mindestlöhne und Mindestgehälter.

Wir brauchen einen gelinden, starken Bauernstand. Darum verlangen wir Beschränkung des Großgrundbesitzes, Beseitigung der Fideikommiss- und aller erblichen Vorrechte. Dazu gehört die Aufhebung der privaten Patronatsrechte und der selbständigen Gutsbezirke. In den alten Provinzen gab es 16 118 Landwirtschaftsbetriebe mit mehr als 400 Morgen, davon 15 612 selbständige Gutsbezirke, in denen nur der Gutsherr etwas zu sagen hatte. Die großen Güter stellen Polizei, Verwaltung bisher reichlichstens in den Dienst ihrer Partei. Von ihrer Gnade oder Ungnade hing das Landbewohner ab. Der Landrat vertrat vornehmlich die Interessen des Großgrundbesitzes, aus dessen Kreisen er ohne Ausnahme entsandt. Wir verlangen häufig Wahl des Landrats durch Volksabstimmung der Kreise, damit auch tüchtige Bauernsöhne Landräte werden können. Im Osten herrscht meilenweit der aböse Großgrundbesitz, der Bauernstand ist völlig ausgerottet. Der Freiherr v. Stein, der große Staats-

mann, dem Preußen seine Wiegeburt, die Städte die freie heitliche Städteordnung, das platt Land die Bauernbefreiung und die Aufhebung der Leibeigenschaft verdanken, kennzeichnet die Junker, die damals wie heute sich jedem Fortschritt entgegenstemmen, als:

„Menschen, welche die durch die Notwendigkeit des Staates geborenen Opfer nicht tragen wollen und sie auf die Schulter ihrer Mitbürger abwälzen.“

Wir verlangen zugleich im Interesse der Volksernährung die Aufhebung und Einschränkung dieser ausgebeuteten Großbetriebe, damit das Bauerntum gedeiht und vermehrt werden kann.

Großzügige, planmäßige Siedlungspolitik, Reform der Jagdordnung. Der freie Bauer auf freiem Boden.

Wir fordern gleiches Recht für alle, für Männer und Frauen. Freiheit aller Staatsbürger, bekämpfen deshalb die Herrschaft von rechts wie die Diktatur des Protektors. Wir verwerfen jeden Klassen- und Kastengeist.

Den Tüchtigen dürfen weder Standesvorrechte noch Klassenvorrechte an Aufsicht hindern. Der Staat hat allen Befähigten die gleiche Ausbildung zu verbürgen. Der Tüchtige hat in der freien Demokratie gleichen Anspruch auf Vorwärtskommen.

Wissenschaft, Kunst und Presse sind frei. Freies Vereins- und Versammlungsrecht. Die Trennung von Staat und Kirche kann nicht von heute auf morgen kommen. Sie ist auch nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbständigkeit der Kirche.

Das gesamte Bildungswesen ist unter Verwaltung eines selbständigen Reichsamtes für Unterricht einheitlich auszubauen **Bürger und Bürgerinnen in Stadt und Land!**

Das Blutvergießen hat ein Ende. Wir haben in Ehren gekämpft. Man wollen wir auch das neue Leben in Ehren anfangen.

Wenn alle guten, tüchtigen Kräfte vereint werden, dann wird unser geliebtes deutsches Vaterland wieder erziehen in Ehre, Kraft und Gesundheit. Nur die Demokratie kann Deutschland wieder aufrichten.

Alles durch das Volk, alles für das Volk!

Das ist der alte und doch ewig junge Grundgedanke der deutschen Demokratie.

Es lebe die deutsche Demokratie, die das ganze deutsche Volk über die alten Grenzen hinaus mit gleichem Recht und in freier gewählter und freier geleiteter Mitwirkung aller zusammenfaßt.

Es lebe die deutsche Demokratie, die uns und den ewigen deutschen Staat bringt und ihn als den freien deutschen Volksstaat entstehen läßt!

Es lebe die deutsche Demokratie, die nicht die sozialistische, also Klassenkampftheorie, sondern die demokratische Republik ins Licht, in des der Welt des Ausgleiches der Interessen, des gemeinsamen Schaffens zu gemeinsamen Nutzen aller die Gesetzgebung und das Wirtschaftslieben durchdringt, die ohne nützliche alle Kräfte lähmungen, neue hoffnungswende Kräfte freimachen will:

Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!

Wähler und Wählerinnen! Wer mit uns die gleichen Ziele vertritt, der stimme für die

Deutsche Demokratische Partei.

Der Vorstand: A. Grafner, L. Sprenger, H. Wagner, D. Link, H. Hommel, Rektor Böhme, Georg Doppel.

Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

Die preussische Regierung verordnet mit Gesetzeskraft was folgt:

§ 1. Die Mitglieder der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung werden im allgemeinen, unmittelsbaren und geheimen Wahlen nach den Grundzügen der Wahlrechtsmäßigkeit. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben.

§ 3. Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen.

§ 4. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist:

1. wer einmündig ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht;
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelte.

§ 5. Wähler sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltage seit mindestens einem Jahr Preußen sind.

§ 6. Die Wahlkreis-einteilung und die Zahl der Abgeord-

neten, die in den einzelnen Wahlkreisen zu wählen sind, ergeben sich aus der Anlage.

Die Wahlkreis-einteilung beruht auf dem Grundsatz, daß auf durchschnittlich 100 000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ein Abgeordneter entfällt und dort, wo Verwaltungsbereitschaften bei der Wahlkreis-einteilung berücksichtigt werden müssen, ein Ueberschuß von mindestens 50 000 Einwohner vollen 100 000 gleichgerechnet wird.

§ 7. Für die Wahlen gelten im übrigen die Vorschriften der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) Reichsgesetzblatt 1913 Seite 1245 ff. — sowie der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichs Wahlgesetzblatt 1. 1933 ff.) vom 30. November 1913.

Die Wahlen erfolgen in den Formen der Nachwahlen (§§ 62 und 63 der Wahlordnung) mit der Maßgabe, daß die in § 1 Abs. 1 der Reichswahlordnung vorgeschriebene Aufstellung der Wählerlisten in einem weiteren gleichlautenden Stücke erfolgt.

In Anlage C zur Reichswahlordnung sind die Worte: „deutsche Nationalversammlung“ durch „preussische Landes-

versammlung“ zu ersetzen.

§ 8. Die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung finden Sonntag, den 26. Januar 1919 statt.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, 21. Dez. 1918.

Die Preussische Regierung

Hirsch, Erdel, Braun, Eugen, Ernst, Rosenfeld.

Vorstehende Verordnung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Gemäß § 7 Absatz 1 der Verordnung ist die bis zum 6. ds. Mts. ausliegende Wählerliste zur deutschen Nationalversammlung nach ihrem Wortsinn noch einmal, in einem dritten Stück, anzufertigen. Die Formulare hierzu werden den Ortsbehörden mit weiterer Anordnung in Kürze zugehen.

Die den 13. Wahlkreis bildenden Regierungsbereiche Merseburg und Erfurt nebst dem zur Provinz Hessen-Nassau gehörenden Kreise Schmalkalden wählen 13 Abgeordnete.

W i s s e n s e l t, den 2. Januar 1919.

Der Landrat. Wartels.

Bekanntmachung.

Laut Verfügung des Reichsverwaltungsamtes für freiwirtschaftliches Heeres- u. Marine- pp. Güter darf im Bezirk des IV. A. S. keine Veräußerung von Gütern jeder Art, für welche dieses Amt zuständig ist, ohne Genehmigung des von ihm für den Kreisbezirk ernannten Bevollmächtigten geschehen. Alle Verkäufe sind daher diesem Bevollmächtigten, Herrn Zivilingenieur Do n a t h, Leiter der Technischen Bezirksdienststelle Magdeburg, (Kriegsmaschine, Auguststr. 23), zur Genehmigung zu melden. Kaufverträge müssen Schlichter gebrauchen und im Besitze einer behördlich beglaubigten Dringlichkeitsbescheinigung sein. In der Regel finden Verkäufe nur an Staats- und Kommunalbehörden u. s. w. statt. Zahlungen haben je zur Hälfte in Kriegsanleihen und nur so erfolgen.

Magdeburg, den 3. Januar 1919.

Von Seiten des Generalkommandos
Der Chef des Generalstabes
v. d. e m. H a g e n, Oberstleutnant.

Der Kreisratsvorsitzende des IV. A. S.
D o d.

Das Gebot der Stunde ist Einheit, Freiheit, Arbeit, Brot!

Es zu erfüllen, sind die Männer der Revolution nicht imstande. Hierzu bedarf es solcher, deren eiserne Gaskraft und unbeglaunter Mut geleitet werden durch das

deutsche Gewissen.

Wählt darum in deutsches Empfinden getauchte Männer.

Gebt Eure Stimme ab für die

deutschnationalen Volkspartei.

Zur wirklichen Klarstellung.

Wir wollen Herrn Amtsvorsteher P. Krug - Nuthal und seinen drei Freunden gern befehlen, daß sie bei uns keine Parteibeiträge gesammelt oder begehrt haben. Von einem derartigen Gerücht ist uns bisher nichts bekannt geworden, anderwärts hätten wir aus Gründen der Selbsthaltung dagegen auftreten müssen. Herrn Krug, den unentwegten Verkünder des loswertigen Agavertums des ehemals Lössen wir bei unserer Partei wahrhaftig nicht gebrauchen, seine Mitgliedschaft würde nur unsere Reihe lichten.

Das angebliche Gerücht dient auch wohl nur als Handhabe, um der deutschen demokratischen Partei, der zu Herrn Krug tiefsten Kummer die kleineren und mittleren Landwirte in Schonen zuzuführen, etwas am Rumpel zu fassen. Wichtig ist, daß das Berliner Tageblatt neuerdings Propaganda für unsere Partei macht. Wir haben es nicht gerufen, und ungetreue Hände wird man bestimmt nicht leicht los. Wir können auch keinen anderen, und wenn es Herr Krug selbst wäre, verbieten, demokratische Ideen zu verbreiten. Der Betreffende möchte sich aber unter Umständen begnügen, in der Partei die Rolle zu spielen, die bei uns dem Berliner Tageblatt zugewiesen ist nämlich keine.

Bewegten Helfern wie Herrn Krug und seinen Freunden darf es übrigens nicht passieren, daß sie bei ihrer sogenannten Klarstellung die deutsche demokratische Partei als die frühere freisinnige Partei zunächst bezeichnen, während sie im folgenden Satz angeben müssen, daß auch Teile der nationalliberalen Partei der deutschen demokratischen Partei angehören. Wenn man so wie es Herr Krug und seine Freunde tun, ganze Parteien, wie es einem gerade in den Kam post verschwinden und wieder auftauchen läßt, dann sind dies politische Zeichenleiteranstalten, die im Wahlkampf besser unterbleiben. Der geringe Bruchteil der Nationalliberalen, der nicht mit zu unserer Partei übergegangen ist, sind die Schwereindustrialen, die schon beim Kampf um gleiche Wahlrecht verlor hatten.

Noch eine Frage: Wenn die deutsche demokratische Partei ihrem Wesen nach jüdisch und unecht ist, warum sucht die Partei des Herrn Krug immer und immer wieder eine Eisenverbindung mit ihr?

Deutsche demokratische Partei. Ortsgruppe Teuchern.

Am 7 und 8. Januar 1919 werden Dienstfeste des Feld-Artillerie-Regiments 85 und III/274 zu Naumburg a. S. auf der Vogelwiese meistbietend versteigert.

Beginn 10 Uhr vormittags.
Fändler und Rohschlächter sind von der Versteigerung ausgeschlossen. Es werden nur Käufer mit roten und weißen Pferdearten bezogen. Es werden gültigen Ausweisen zugelassen.
Weißenfels, den 4. Januar 1919.
Der Landrat, Partels.

Aus dem Precedent entlassen habe ich meine Berufsgeschäfte in der bisherigen Tätigkeit mit Zustimmung der Nachfolgerin aufgenommen.
Büro Schloßstraße 2 in Teich, Fernsprecher Nr. 302.
Curt Proesch Rechtsanwält.

Oeffentliche Wählerversammlungen

am Dienstag den 7. Januar, nachm. 3 Uhr in
Krauschwitz

im Gasthof zum Frosch
für die Gemeinden Krauschwitz, Kostplatz, Kröhuln, Nitritz,
Reußen i. Gr., Schortan und Baisendorf.

Am Dienstag den 7. Jan., abends 7 Uhr in
Unterneffa

im Gasthaus Koppberg
für die Gemeinden Unterneffa, Oberneffa, Kössuln u. Bernsdorf.
Herr Dziemborsky-Weidn wird sprechen über

**Die Deutschnationale Volkspartei
und die Wahl.**

Am Mittwoch den 8. Januar abends 7 Uhr in
Deuben

im Gasthof am Bahnhof
für die Gemeinden Deuben, Gaumnitz, Ramdorf, Rödlitz,
Oberschwöbitz, Radau, Trebnitz und Wildschütz.

Herr Dr. Carlsson, Halle wird sprechen über
**Die Deutschnationale Volkspartei
und die Wahl.**

Alle Wähler und Wählerinnen sind eingeladen. Freie Aussprache.
Die Deutschnationale Volkspartei.

Beleuchtungswesen.

In einem Eingangsbrief in Nr. 2. des „Wöchentl. Anzeigers“ nimmt Herr Rechtsanwalt Wilmmer zu dem Beleuchtungsweisen der Stadt Stellung. Er findet es auffallend, daß die städtischen Körperschaften noch nicht Mittel und Wege gefunden haben, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Das könnte den Einwohnern erweisen als wenn die Stadtverwaltung der tatsächlich äußerst schlechten Stromversorgung der Stadtgemeinde bisher völlig gleichgültig und teilnahmslos gegenüber gestanden hat. Das ist aber nicht der Fall. Seit vergangenen Frühjahr ist der Magistrat unablässig bemüht, eine Änderung in den unhaltbaren Zuständen herbeizuführen. Der Elektrizitätsverband hat auch anerkannt, daß erhebliche Mängel vorliegen, die beseitigt werden müssen. Er hat dieserhalb in der Stadt noch ein Transformatorwerk errichtet und ist eben dabei, eine neue Leitung von Deuben aus bis nach Kössuln zu erbauen. Durch diese soll der Stadt, allerdings auch wieder auf Umwegen, der Strom zugeführt werden. Die Abarbeitung der Leitung führt in den nächsten Tagen zu erfolgen. Nebenbei sollen auch die bestimmten Erklärungen des Elektrizitätsverbandes hier völlig einwandfreie Verhältnisse herbeiführen. Ob dies eintreten wird, bleibt abzuwarten. Die beiden nächsten Wochen müssen ja Gemäßigten bringen. So konstatiere ich für Förderung vorhandener Mängel innerhalb der Stadtgemeinde und für Mitteilung von Vorschlägen bin, bitte ich in vorliegender Sache jedoch zu berücksichtigen, daß das Bestimmungsrecht wegen Befreiung der Mängel nicht in der Gewalt der Stadtgemeinde, sondern in den Händen des Elektrizitätsverbandes liegt. Gerade die seit vielen Jahren bestehende schlechte Stromversorgung der Stadtgemeinde bestärkt mich in dem seit meinem Amtsantritt vertretenen Standpunkte, daß es für die Städte vorteilhafter ist, wenn sie hinsichtlich der Errichtung kommunaler Anlagen Herr im eigenen Hause bleiben. Damit will ich allerdings nicht etwa für jedes kommunale Unternehmen den Standpunkt einnehmen und vertreten, daß nie ein Anschluß an ein größeres, sich über verschiedene kommunale Bezirke erstreckendes Unternehmen vorteilhaft und nützlich sein kann.

Wilmmermann, Bürgermeister.

Für eine gründliche Besoldungsreform der Staats- u. Gemeinde-Beamten tritt die Deutsche demokratische Partei ein.

Freiwilliger Verkauf

Am Mittwoch den 8. Januar
vormittags 11 Uhr

verkaufe ich im Norddeutschen Hof
einen Küchenschrank, einen
Kleiderschrank, einen runden
Tisch, einen Waschtisch,
einen Glasküchenschrank,
2 Spiegel und versch.
andere Sachen.

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung
Woywoda,
Gerichtsschlichter.

Achtung.

Hierdurch zur Kenntnis, dass ich mich von heutigen Tage an bei Fräulein Zschecho Steinweg Nr. 2 als Putzmaschinen selbständig gemacht habe
alte Hüte werden umgearbeitet und chic garniert, sowie auch Trauerhüte, Kinderhüte und Mützen.

Ich bitte mich gefälligst zu unterstützen und sichere prompte und reelle Bedienung zu.

Hochachtungsvoll
Frieda Stawitzke,
zuletzt bei der Firma E. Schieke.

Eine kl. Stube

mit Kammer zu vermieten
Schortauerstr. 4.

Reisefestmimer

tomat bald wieder nach Teuchern u. Umg. Bestellungen sof. erb. an
H. Schmölln u. Co. Zeit.

Achtung Därme

hat noch abzugeben
Emil Angermann.

Majoran

kauft
Sinniger
Unterstr. Berge 6.

Seute Sauerbraten

bei
Emil Angermann.

Ehrenterklärung.
Die gegen Fräulein Emmy Jödel im Kino-Theater getane Beleidigung nehme ich reuenvoll zurück.
Anna Rosenheinrich

Erteilung Druck und Verlag von Otto Beyerling Teuchern.

Deutschnationale Volkspartei. Zwangloses Beisammensein.

am Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr
im Ratsteller Hinteres Zimmer.

Lichtspiele „Weisse Wand“

Teuchern.
Mittwoch, den 8. Januar von 1/2-8-10 Uhr
Der Derbysieger spannendes Drama 2 Akte.
Der Liebedienst ergreifendes Drama 2 „
Harry als Badeengel Lustspiel in 2 Akten.
Der Weiberressor Lustspiel in 2 „
Gickel u. Gockel Lustspiel in 1 „
Es finden 2 Vorstellungen statt: 1/2-5-7 und 1/2-8-10 Uhr.
Bitte aber möglichst die erste Vorstellung zu besuchen.

Voranzeige. Sonnabend und Sonntag 11. und 12. Januar 1919

Endlich war es mir möglich den grossen gewaltigen Kulturfilm
6 Akte. **Die schwarze Gasse** 6 Akte.

für Teuchern zu bekommen. Spannend, fesselnde Handlung von Akt zu Akt steigend. Diesen grossen Aufklärungsfilm muss jeder in seinem eigenen Interesse sich ansehen. **Keine erhöhten Preise.** Reklame und Beschreibung im Schaukasten bitte beachten.

Die Sozialdemokratie

behauptet, daß durch die
Sozialisierung

die höchste staatliche Entwicklung und Kultur herbeigeführt würde.

Dr. Georges Chatterton-Gill,
Privatdozent der Soziologie

an der Universität Genf, sagt in seinem Werk „Individualismus und Staat“, Seite 138: „Der Sozialismus führt uns zum verfallenen Zustand der unumschränkten Herrschaft der Kollektivität zurück!“

Es ist also das
Zeichentuch der Untergang aller Kultur!
Wähler und Wählerinnen wählt deutschnational!

Statt Karten. Vermählung

für die uns anlässlich unserer
ermiesenen Aufmerksamkeit danken herzlichst

Bahnholswirt
Ernst Dunkelberg u. Frau
geb. Schöbel.

Teuchern Januar 1919.

Demokratie und Religion.

Die Deutsche demokratische Partei hat die nachstehenden Richtlinien für das Verhältnis von Staat und Kirche aufgestellt:

Der deutsche Staat sieht alle Konfessionen, Kirchen, religiösen Organisationen und Sektengemeinschaften als gleichberechtigt an, ohne sich in ihre inneren Verhältnisse einzumischen. Das Verhältnis der Kirchenverwaltungen zu den Staatsverwaltungen unterliegt der Regelung durch die Einzelstaaten; eine Abtrennung darf nur erfolgen unter Wahrung des Kirchenzweckes, der geschichtlichen Rechtsansprüche und des eigenen Besteuerungsrechtes. Ein Verlust durch plötzlichen Fortfall staatlicher Zuschüsse muß vermieden werden. Gottesdienstliche Räume und Handlungen sind vor Entweihung zu schützen. Jedem Kirche ist Gelegenheit zu geben, den Religionsunterricht seiner Konfession in der Schule zu empfangen, ohne Gewissenszwang gegen Eltern und Lehrer.

Auf der Fahrt zur Heimat, kurz vor seiner Hochzeit

entschied nach kurzer Krankheit im Festungs-Lazarett zu Thorn, nachdem er vier Jahre den Gefahren des Krieges getrotzt unser innigstgeliebter, herzenguter Sohn, Bruder, Schwager und Bräutigam im Alter von 32 Jahren des Oberpostassistenten

Hans Hempel
Unteroffizier in einer Fernspr. Abteil.

Jena, den 5. Januar 1919.
In tiefem Schmerz

Gerichtsvollz. R. Hempel u. Familie
Anna Pfeifer als Braut.

Die Beerdigung erfolgt am 8. Jan. nachm. 3/4 Uhr auf dem Nordfriedhof zu Jena.

heiten zu veranlassen. Im April 1914 habe eine beratige gemeinsame Zusammenkunft, bei welcher die Befragte losgesprochen wurden, stattgefunden. Es seien Veranlassungen ähnlicher Art infolge des Krieges unterblieben. Die Handwerkskammer habe dann im Februar 1916 den Verordnungsgegenstand der Besetzung durch die in engem Kreis stehende Besetzung habe zur Gründung einer Kreisgewerkschaft, der Gewerbeamt, Lehrern gestiftet. Die Gewerkschaften dieser Art wollen ja den Handwerker wirtschaftlich freier, zu einem von keinem Lieferanten abhängigen Gewerbetreibenden machen, das Parzellierungsamt im Besitze seiner Rohstoffe einführen. "Ganze Geld aber keine Ware" soll der richtige Grundgedanke des Handwerkers sein. Diejenige Kreditbewegung des Handwerkers und kleineren Gewerbetreibenden können die kleingewerblichen Kreditorganisationen, in denen der eine den anderen genauer kennt, dienen. Sie können es um so mehr als in einem weiterbreiteten Netz von Verbänden, die in der Preussischen Zentralgewerkschaftsvereinsvereine über ganz Deutschland verstreut sind und alle banktechnischen Geschäfte ausführen und vermitteln können. Ferner sollte der Handwerker sich einer Genossenschaft seines Berufs anschließen. Es wäre nicht einzuwenden, weshalb der Handwerker verpflichtet sein soll, seine Rohstoffe aus eigener Hand zu kaufen. Dazu befinden sich die Rohstoffgenossenschaften, die den Einkauf durch Zentralgenossenschaften betreiben lassen und für Sattler u. Schuhmacher, Bäcker, Schneider und Kürschner zu Tündern für das Poliergewerbe in Oberbayern begründet sind. Diese Genossenschaften wollen auch die Rohstoffversorgung in der Hebrangindustrie vermitteln. So sei gerade in der Nummer der eben erschienenen Mitteldeutschen Gewerkschaftszeitung die Bekanntmachung enthalten, daß den Zentralgenossenschaften der Schneider Müllern in größeren Mengen ausgeteilt worden ist. Die hiesige Schneidergenossenschaft für den Zentralgenossenschaft angegliedert, wird also am ehesten beliefert werden. Nach diesen einleitenden Ausführungen sprach Herr Voigt, Syndikus der Handwerkskammer in Halle über das Umfassungsgesetz vom 26. Juni 1918 in ausführlicher fasser und anschaulicher Weise, die zum Teil recht verwickelten Bestimmungen an Beispielen erläuternd. Die immer mehr zunehmenden Zuhörer folgten aufmerksam den Ausführungen des Redners. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes hatten wir bereits in voriger Nummer erwähnt. In dem darauf folgenden lebhaften Besprechung wurden eine ganze Anzahl Fragen erörtert. Da durch das Gesetz die Beschäftigung bei den Gewerbetreibenden nötig ist, wurde die Einrichtung von Beschäftigungsbüros für das Umfassungsgesetz besprochen. Es meldeten sich dazu bereits etwa 55 Teilnehmer. Weitere Anmeldungen auch für einen etwa zu veranstaltenden Meisterkurs nimmt bis zum Sonnabend, den 10. Januar, Herr Direktor Neumann, Baderstr. 5 entgegen. Im Anschluß an die Versammlung machte Syndikus Voigt noch Angaben über den Bund der Handwerker in Berlin-Friedenau, der als eine überflüssige Gründung von den Versammelten angesehen wurde. Herr Voigt berichtete auch noch über den außerordentlichen Handwerker- und Innungstag am 29. Januar in Weimar.

Wettgeffen, 2. Jan. Der Posten der Sicherheitskommissionen vergrößerte den Mysteriewebel Krüger (Inf. Reg. 93) und den Soldat Krüger (Inf. Reg. 196), die auf dem Güterbahnhof beim Plündern eines Güterwagens ertrapp worden. Die Plünderer wurden dem Gericht des Garnisonkommandos zur Aburteilung zugeführt.

Beitz, 2. Jan. Verhaftet wurde der in der Obermühle stationierte Sicherheitsposten. Die ganze dortige Sicherheitskommission bestehend aus einem Wachposten und 7 Mann wurde abgelöst. Wie die "Zelter Nachrichten" melden, erfolgte die Maßregel, weil nach der Angabe von M. H. in der Mühle geflohen worden. Ein Mann der Wache wurde erwischt, als er gerade Mehl nach Hause trug, er verriet die ganzen Diebereien.

Welpitz, 3. Jan. In der letzten Volkstung des Leipziger A. und S. Rates wurde mitgeteilt, daß in Leipzig die 1. Sicherheitskommission der Matrosen in Stärke von 400 Mann erwidert hat. Ein Vertreter der Matrosen hielt es für angebracht, daß künftig vom A. und S. Rate tabularer Verfahren würde.

Wittenberg, 2. Jan. Ein Demonstrationstag der sozialdemokratischen Reichstagspartei und der Unabhängigen, etwa 400 Personen dort, bewegte sich am Sonnabend früh mit Musik und roten Fahnen durch unsere Stadt. Die meisten Teilnehmer waren aus dem benachbarten arbeiterreichen Hammer. Vom Balkon des Rathhauses wurde eine Ansprache gehalten, die mit einem Hoch auf die sozialistische Republik endete. Ronda ging der Zug zum Landratsamt. Dort wurde gegen den derzeitigen Landrat demonstriert. Dieser wurde abgesetzt mit seiner Vertretung wurde Kreisrat Dr. Baue beauftragt. Mehrere andere Beamte des Landratsamtes mußten ihr Tun vor der verammelten Menge rechtfertigen.

Erfurt, 3. Januar. Der Arbeiter- und Bürgerrat in Giegarkeit hat beschlossen, den Sommerfischerverkehr im Jahre 1919 vollständig zu unterbinden. Ein Gesuch gleiches Sinnes, das fast alle für ganz Thüringen zu tun, soll dem Bezirks-A. und S. Rat in Erfurt zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Meiningen, 3. Januar. In der Silvesternacht wurde hier auf dem Marktplatz scharf geschossen und dabei mehrere Personen verletzt, dabei eine tödlich.

Vermischtes.

Zur 20 Millionen Mark Getreide in London versbrannt. Nach einer neuer Meldung aus London ist dort am Donnerstag ein großes Getreidemagazin abgebrannt, wobei Lebensmittel im Werte von einer Million Pfund Sterling verloren gingen. Der den Gebäuden zugefügte Schaden beträgt eine halbe Million. Es war so gut wie nichts verriegelt. Von antiker Seite wurde die Wahrung von riesigen Mengen von Lebensmitteln als eine nationale Katastrophe bezeichnet.

2000 Mark Geldstrafe für ein „Säc“
Götha a. Main, 4. Januar. Die Oberverwaltungsinstanz wurde mit 2000 M. Geldstrafe bestraft, weil

Ortsbewohner beim Durchmarsch eines deutschen Abgabekommandos „Säc“ gelehrt haben.

Handwörter auf einem Berliner Geldstrafeträger. — 10 000 Mark Belohnung. Im Hotel Adlon wurde Freitag vormittag der 58 Jahre alte Geldstrafeträger Oskar Lange erdolcht aufgefunden. Die Tat muß Donnerstag vormittag geschehen sein, nachdem Lange schon einige Bestimmungen ausgeführt hatte. Er hatte bei Antritt des Bestimmungsganges 1000 Mark bares Geld und 41 Geldbriefe mit hohen Beträgen bei sich. Die Beihilfe und Geldbriefe wurden bei dem Ermordeten anbeschlagnahmt, aber leer vorgefunden. Geld und Geldbriefe waren geraubt. Das Zimmer, in dem der Mord endete, wurde, geführt zu einer Flucht von Räumen des ersten Stockes, die bis Donnerstag ein angeblicher Hausbesitzer von Winterfeld aus Hamburg innehatte. Auf die Ermittlung des Verbrechens hat die Oberprokuratorin und Kriminalpolizei je 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Ein Nachtsojodot von Matrosen erwirkt. Ein Mord ist nachts im Kassen der Amtsgerichtsgefängnisse verübt worden. Dort befindet sich das Versteck der Gefangenenartikeln 202. Während der Weihnachtsfeier wurden zwei Matrosen der Marine-Landfliegerabteilung in Johannisthal wegen schweren Diebstahls eingeliefert. Den Wächtern über die Gefangenen hatte der 19 jährige Franziska Brühl, dieser Verurteilung nach gegen Mitternacht die Unvorsichtigkeit, den einen der beiden Matrosen mit nach der Zelle des zweiten zu nehmen, wo sie nun gemeinschaftlich Karten spielten. Während des Spieles überließen plötzlich die beiden Verurteilten den Wächtern und erwiderten ihn. Dann benachteiligten sie sich der Schlüssel und ergriffen die Flucht. Bis jetzt sind sie noch nicht wieder ergriffen worden.

Einbruch in einer Kirche. In der St. Annen-Kirche in Hildesheim ist ein schwerer Einbruchdiebstahl ausgeführt. Gestraub wurde ein historisches silbernes Kreuz, das nur an hohen Festtagen auf dem Altar aufgestellt wird und einen hohen Wert hat. Die am Altar befindlichen Reliquien-Schreine waren zerklüftet und ihres Inhaltes, der aus silbernen Bechern usw. bestand, beraubt.

Der Leichenwagen der wach den Sarg aber nicht die Leiche bringt. Die herbstliche Hölle des in einem Stendaler Krankenhaus verstorbenen Polizeimeisters Schröder sollte nach Zangemünde überführt werden. Der Wagen mit dem Sarg traf auch auf dem Friedhof ein. Als in der Leichenhalle der Sargboden gehoben wurde, damit die Hinterbliebenen ihre Beerdigung noch einmal sehen konnten, war der Sarg leer. Es mußte noch einmal nach Stendal gefahren werden. Am Nachmittag war dann der Sarg mit der Leiche gelangt. Auf Vorkauf äußerte der Leichenfabrikant, man solle froh sein, daß man bei den vielen im Krankenhaus Liegenden Beisetzungen die „richtige“ erhalten habe.

Wie in einem Fleischbrot. Zwei Polizeibeamte wollten die Wohnung zweier Brüder in engen Raumbefinden in Leipzig durchsuchen, um diese verächtlich waren, Kleintierbesitzer angeführt zu haben. Raum hatten sie sich Eingang in die Wohnung verschafft, als einer von den sich dort aufhaltenden Männern aus dem 2. Stockwerk aus dem Fenster hinaus zu die Straße hinunter sprang. Die beiden Polizeibeamten waren in der Wohnung befindliche Männer wurden nach festigem Widerstand festgenommen. In der Wohnung der Diebe lag es aus wie in einem Fleischbrot.

Eine Cassebesitzerin erweist sich als Diebin geworden. Die Cassebesitzerin Emma Hof aus Alt-Köpenick bei Preussisch-Stargard war im Sommer dieses Jahres beim dortigen Postamt als Ausbesorlerin tätig. Bei dieser Gelegenheit entwendete sie Pakete und Geldbroschüren, schmückte sich in Seide und leiste herrlich und in Freude. Mehr als 20 Diebstahlsfälle wurden ihr nachgewiesen. Der Ankauf der Pakete, Butter usw., verkaufte sie nach Berlin zu äußerst hohen Preisen.

Milchbrot. Der Schreiner Wächter beging wegen Unterschlagung von 280 Mark durch Erhängen Selbstmord.

Wertingen. Ermordet und beraubt wurde der Landwirt Alois Weiskamp.
Langeran. Ein hier einquartierter Soldat wurde beim Ausreiten seines Pferdes abgeworfen und getötet. Er ist seinen Verletzungen erlegen.
W. im dem Kaiserfest gefahren. Der 48 Jahre alte Vorarbeiter Kadowitz aus Wöhringen wollte sich zuhause lassen. Er legte sich beim Feiern auf den Fuß, und als dieser beginnen wollte, sah er, daß ein Fater im Sessel lag.

Zu Bweien einlam.

Roman von H. Courtes-Mahler.

Nachdruck verboten. Fortsetzung.
Die junge Frau hatte in dampfen Haaren zugehört. Ihr war zu Mute, als würde ihr die Erde am Stück der Boden unter den Füßen fortgezogen. Entsetzt lauschte sie der intrigantesten Ausdeutung. So klar war das alles so furchbar klar und einfach. Was es denn nur zu lassen? Was hatte sie in letzter, handlicher Art betrogen, um Herr auf Eshöpfung werden zu können: genannt hatte. Also war ihr Erzwohn damals doch nicht grundlos gewesen, sie hatte sich nur durch schlau eingeladete Komödie täuschen lassen, durch seine Zurückhaltung. O die Schmach, wo konnte sie sich bergen, um diesen Schlag zu vermeiden! Sie sah wir um sich und dann in Sibyllens dämonisches Gesicht.
„Um Herr auf Eshöpfung zu werden, ist er mein Gatte geworden“, ließ sie jammernd fragend hervor.
„Schöne nicht“, „Ja, nicht“, „Mit Frauen sind arm Geschäfte“, „Sind mir ohne Vermögen, verfiel man aus, sind mir reich, betraut man unter Geld und betrautet uns als überflüssige Quagga. Affelotte — ich konnte Sie nicht länger betrogen, zu lange schon schämte ich um meinwillen. Jetzt hat er sein Ziel erreicht, nun bindet mich nichts mehr, Ihnen die Absorbtion zu erwidern.“
Affelotte kam langsam zu sich und richtete sich zerknirschend auf. „Aber ein Gatte werden, das ist nicht zu merken lassen, wie entsetzlich die dieser Schlag getroffen hatte. Es fiel ihr gar nicht ein, an Sibyllens Worten zu zweifeln. So förmlich war alles, was sie sagte. Ihre Antwort damals war eine Warnung gewesen, und sie hatte

sich in verdienender Liebezeitigkeit dieser Warnung bedacht. „Um Sibylla kauenlos die Demütigung hier in ihr an als sie daran dachte, wie sie sich Hoff so rückhaltlos zu eigen gegeben hatte. Sollte er nicht geduldet, die Hand nach ihr auszustrecken? Ach — es war ja alles nur Lug und Trug gewesen, um sie zu täuschen. Was es denn nur möglich, daß ein Mensch unter der Pranke der Ehrlichkeit so schändlich handeln konnte! Die Erkenntnis seiner Niedertrigkeit gab ihr die notwendige Haltung wieder. Sie erhob sich und streifte sich Sibyllens Hand von ihrem Arm ab.

„Grüßte Frau — ich vermag Ihnen jetzt nicht zu sagen, was ich über Ihre Eröffnung denke, auf meinen Dank dafür verzeihen Sie mich!“
„Affelotte — geben Sie nicht so kalt von mir, Sie tun mir weh.“
„Bitte, behalten Sie Ihr Mißbehagen für sich, ich bedarf dessen nicht.“ Sie schliefen, das ich mich zurückziehe, ich habe Kopfschmerz.“

Sie neigte den Kopf und wollte aus dem Zimmer gehen. Sibylla hielt sie noch einmal auf. „Was wollen Sie tun?“
„Affelotte Sie nicht! Wir werden beide nicht die Weltanschauung begeben, einen Eifer hervorzuheben, in Zukunft wollen wir uns aber tunlichst meiden.“
Sibylla hatte ihr mit glühenden Augen nachgesehen. Ein trübendes Lächeln verzerrte ihr Gesicht.
„Du wirst einen kühlen Empfang haben bei deiner Mutter, Vati, Vati Gertrude und dich noch meinen beiden Brüdern. Meine Worte haben ihre Wirkung getan, sie waren wohlbedacht. Ihr Stolz wird dir die Demütigung nicht verzeihen, daß du sie nur des Geldes wegen zum Weibe nimmst.“

Affelotte mußte nicht, wie lange sie in ihrem Zimmer in dumpfer Verzweiflung auf dem Boden gelegen hatte. Sie hatte nur einen Gedanken gehabt — allein sein dürfen, um dem Schrecklichen, Unfassbaren ins Auge zu sehen und um Hülfe zu rufen. Nun richtete sie sich auf, las mit leeren, todtraurigen Augen um sich und lächelte sich klar zu werden über das, was ihr zu tun übrig blieb.
„Wie sollte sie Wolf gegenwärtigen Eifer zeigen? Sie hat in dieser fürchterlichen Stunde reifte Affelotte zum Weibe. Das Leib nicht finden im Meinem, aber nicht halbe, gegenreichte, sondern grauenvoll, vernichtende. Sie war mit einer Schilge eine andere geworden. Etwas Schönes, Herrliches war in ihr gestorben, das Vertrauen zu den Menschen. Dafür war etwas in ihr aufgewacht, was den Augen einen kalten, harten Schein verliehen und dem Gesicht einen lebhaften, aber keinen Ausdruck gab. Wohl lächelte sie in angestrengter Hoff nach Glückseligkeiten für Wolf, denn ihre Liebe war jetzt unter all diesen Schwestern nicht gestorben, aber sie kam darüber nicht hinweg, daß er sie so unglücklich betrogen hatte. Und sie schämte sich, schämte sich ganz vor Verzweiflung, daß sie ihm ihre Liebe so offen gezeigt hatte und daß sie diese Liebe nicht aus dem Herzen reißen konnte. Der Stolz litt tausend Qualen, aber er gab ihr auch die Kraft, sich anzuarbeiten und eine scheinbar ruhige Miene anzunehmen. Sie wusch sich das Gesicht mit kaltem Wasser und ordnete gewohnheitsmäßig ihren Anzug. Sie mußte so wieder unter Menschen gehen, wenn sie sich auch am liebsten vor aller Welt verreckt hätte. Gerade wollte sie ihr Zimmer verlassen, als Wolf bei ihr eintrat.

„Sibylla, ich laute im ganzen Hause herum“, um dich zu suchen. Was treibst du hier oben allein, weißt du nicht daß du mich nicht mehr verlassen sollst!“
„Es wollte sie in seine Arme stehen. Sie webete ihr ruhig, aber entsetzlich ab.“
„Ach das“, sagte sie mit harter Stimme, „du bist ja nun am Ziel und brauchst nicht mehr zu befehlen.“
„Er sah sie erschrocken an.“
„Affelotte — weh ich ein Teil was ist dir, mit sonderbar fleißig du aus? Du nicht wohl?“
„Sie lächelte höflich auf. Der arme Mann fuhr ihm wie ein Pfeiler in die Ohren. „Warum lächelt du? Weil du dir immer noch so große Mühe gibst, mit Komödie vorzuspielen.“
„Er zog die Stirn zusammen. „Ich verheiß dir nicht! Was willst du damit sagen?“
„Daß es nun an der Zeit ist für dich, die Mäße abzuliegen. Frau von Pömer war erlicher als du, sie hat mit erlöset, wie ich hintergangen worden bin. Ich weiß alles.“
„Er war zusammengekauert, und sein Gesicht rötete sich. „Affelotte — das war infam von dir. Sie ist mir zuvor gekommen, mein Wort darauf, du sollst in Kürze alles erfahren. Verzeihe mir, daß ich aus Sorge um dich bisher schwieg. Ich wollte dich nicht beunruhigen, so lange du nicht mein Weib warst.“
„Ach das“, sagte sie leugnen oder Zusätze zu machen. Wenn in ihrem Herzen bisher heimlich noch eine schwache Hoffnung gelebt hatte, er tönmte etwas vordringen, was ihn entlastete, so war diese jetzt auch dahin.

„Ja“, sagte sie mit harter Stimme, „daß glaube ich dir, daß du es nun nicht mehr für nötig hältst, mich zu betrügen. Du bist ja nun am Ziel gebunden und bist nicht mehr zurück.“
„Seine Augen flammten zornig auf. „Du bist doch Finnen, Affelotte. Wie kannst du so zu mir reden? Man hat dich betrogen, komm zu dir. Was hat die Frau von Pömer erlebt?“
Fortsetzung folgt.

Ständesamtliche Nachrichten vom Monat Dezember 1918
Stadtbekanntmachung.
Geboren wurden 8 Knaben und 1 Mädchen.
Verheiratet haben sich 2 Paare.
Gestorben:
1. Der Bergarbeiter Friedrich Ernst Reiffold 53 Jahre alt. 2. Der verehel. Bergarbeiter Amalie Martha Quernsberger geb. Spindler 40 Jahr alt. 3. Die Witwe Friederike Weber geb. Fleming 78 Jahr alt. 4. Die Witwe Friederike Hme geb. Diegel 86 Jahr alt. 5. Die unverheiratete Arbeiterin Winni Feiba Jeppertz, 18 Jahr alt. 6. Otto Albin Wölke, 11 Jahre alt, Sohn des Bergarbeiters A. Wölke. 7. Gerda Eli Schlegelmilch 17. alt, Tochter des Glanzmachers Herrn Schlegelmilch, 8. Ina Lina Henz 17 Tage alt Tochter des Bergarbeiters Gottfried Friedrich Henz. 9. Die Witwe Pauline Wilhelmine Schröder geb. Rausch 54 Jahr alt. 10. Die unverheiratete Magdalene Heller 21 Jahr alt. 11. Die Witwe Amalie Amanda Gansauge geb. Heimer 65 Jahr alt. 12. Die unverheiratete Agnes Müller 86 Jahr alt.
Im Jahre 1918 wurden 82 Kinder geboren gegen 84 des Vorjahres. Verheiratet haben sich 1918 86 Paare gegen 81 des Vorjahres. Gestorben sind 156 Personen gegen 106 des Vorjahres.

Copyright. 2241 von Verlag von Otto Neumann Neudamm.

